

# PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

10. Juni 2011

## **Deutschland auf dem Abstellgleis?**

### **Bürgerinitiativen sehen die Verantwortung für den Investitionsstau der Verkehrsinfrastruktur bei Bund und Bahn**

Laut Angabe des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie sind derzeit 53 Infrastrukturprojekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 46 Milliarden Euro blockiert. Als Ursachen werden politisch motivierte Blockaden, ungelöste Finanzierungsfragen und Akzeptanzprobleme der Bevölkerung angeführt.

Bürgerinitiativen am Mittel- und Oberrhein sowie in Leonberg und München weisen den Vorwurf der Blockadepolitik entschieden zurück. Nach ihrer Ansicht ist es kein Zufall, dass viele der genannten Vorhaben Projekte der Deutschen Bahn sind. Hier würden nicht die Bürgerinitiativen blockieren, sondern Bahn und Bundesverkehrsminister würden dies mehr oder weniger als Vorwand nutzen, um multinationale Verträge und die nationale Verkehrsstauproblematik auf die lange Bank zu schieben.

Tatsächlich verweigere man sich zukunftsweisenden Investitionen in Bahn-Ortsumfahrungen sowie in notwendige Lärmschutzmaßnahmen, indem man die „Schienenautobahnen“ weiterhin quer durch die Wohnzimmer der Anwohner bauen wolle. Das ist rückwärtsgewandte Raumplanung, die eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene blockiert.

Ludwig Steininger, Sprecher einer Bürgerinitiative im Raum München, forderte die Bauindustrie auf, sich auf die Seite der Bürgerinitiativen zu stellen, denn diese seien mit ihren Forderungen die natürlichen Interessenvertreter der Bauindustrie. Die von den BIs vorgeschlagenen Alternativen förderten den volkswirtschaftlich Nutzen und sicherten damit auch für die Bauwirtschaft langfristiges Wachstum und Arbeitsplätze. Das sei bei den privatwirtschaftlichen Interessen der Lobbyisten, die Bahn und Bund in solchen Planungen dominierten, nicht unbedingt der Fall.

Zu der vom Hauptverband vorgeschlagenen Bürgerbeteiligung als Lösung des „Gordischen Knotens“ sagte Steininger: „Bürgerbeteiligung kann sich nicht darin erschöpfen, die betroffenen Bürger zu befragen und dann deren Meinung zu ignorieren, wie das bislang geschieht.“ Das sei ein Kasperltheater, das die Bürger inzwischen durchschaut hätten. Tatsächlich gehe es darum, die nicht unbedingt von volkswirtschaftlichen Interessen geleiteten Bahn-Planungen, die dann aber vom Volk bezahlt werden müssten, zu hinterfragen, um so zu einer für alle beteiligten Interessengruppen vertretbaren Lösung zu gelangen.

Bei der Verkehrswegefinanzierung sieht der Hauptverband zusätzliche Kreditaufnahmen als notwendig an sowie die Einführung weiterer Lkw-Gebühren und einer Pkw-Vignette, die den Bürgern mit gewissen Nachlässen bei der Pkw-Steuer schmackhaft gemacht werden soll. Von einer Erhöhung der Trassennutzungsgebühren bei der Bahn sei nicht die Rede, obwohl doch angeblich gerade Bahnprojekte im Investitionsstau steckten, so Steininger.

Dabei müssten für den Ausgleich der volkswirtschaftlichen Schäden durch den Bahnverkehr die Verursacher, also die Eisenbahnverkehrsunternehmen, ebenso finanziell herangezogen werden, wie dies beim Straßenverkehr bereits geschieht. Dies sei auch aus Wettbewerbsgründen geboten, damit Umweltbelastungen nicht wie bisher nur einseitig den Straßenverkehrsunternehmen auferlegt würden. Der Bund als Eigentümer der Bahn müsse sich fragen lassen, ob er verfassungsrechtlich noch auf Kurs ist. Insbesondere der nächtliche Güterverkehr muss nach Ansicht von Frank Gross, Vorsitzender der Bürgerinitiative Pro Rheintal, mit erheblichen Abgaben belegt werden, da die von ihm verursachten Gesundheits- und Vermögensschäden bei den Anwohnern jährlich Milliardenhöhen erreichten.

Die eingebrachten Ausgleichszahlungen dürften auch nicht länger im Staatshaushalt versickern, sondern müssten zur Entlastung derer investiert werden, bei denen die Schäden konkret anfallen – bei den Anliegern, und zwar in Form von zukunftsweisenden Ortsumgehungen und kostensparenden Lärmschutzmaßnahmen. Nur so sei der Investitionsstau zu beheben. Denn durch den Abbau von Umwelt- und Vermögenswertbelastungen kämen Bürger, Wirtschaft und das Land wieder in Schwung.



Link zum Hauptverband der Bauindustrie:

[http://www.bauindustrie.de/info-center/presse/pressemitteilungen/\\_/artikel/presseinfo-3611/](http://www.bauindustrie.de/info-center/presse/pressemitteilungen/_/artikel/presseinfo-3611/)

**Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk**

Frank Gross, 1. Vorsitzender  
Simmerner Straße 12  
56154 Boppard

Tel: 06742 801069-0  
E-Mail: [info@pro-rheintal.de](mailto:info@pro-rheintal.de)  
[www.pro-rheintal.de](http://www.pro-rheintal.de)

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten